



Türkei: die Analyse von Delcredere

Die Türkei hat sich im vergangenen Jahr, vor allem im Vergleich zu vorherigen Krisen, als äußerst widerstandsfähig erwiesen. Zwar war auch hier die Rezession zu spüren, doch die Türkei machte weder eine Vertrauenskrise durch noch brauchte sie, anders als viele andere Länder der Region, ein Rettungspaket des IWF. Ein Rückgang der Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2009 um fast 15% gegenüber dem Vorjahrszeitraum weckte Befürchtungen, dass die Türkei vor erheblichen Problemen stehe, doch diese Sorgen haben sich nicht bewahrheitet. Schließlich war die Rezession in der Türkei weniger in eigenen Schwächen als in externen Einflüssen begründet: Das Land hat starke Handelsbeziehungen mit der EU aufgebaut und sich eine Position als Herstellungszentrum für den EU-Markt erarbeitet. Die Rezession der EU führte zu einem deutlichen Produktionsrückgang in der Türkei, in dessen Folge die Wirtschaft des Landes bereits im 1. Quartal 2009 ihren Tiefpunkt erreichte.

Gesunde Verfassung beim Eintritt in die Krise

Anders als bei früheren Schocks hat die Türkei eine antizyklische Politik betrieben, ohne dadurch eine Wechselkurskrise zu provozieren. Dies war möglich, weil es schon in den Jahren zuvor deutliche Fortschritte bei der Reduzierung des Staatsdefizits und des Schuldenstands sowie bei der Inflationsbekämpfung gegeben hatte. Die Sanierung des Bankensystems nach der Finanzkrise des Jahres 2001 sorgte dafür, dass die Türkei zu Beginn der aktuellen Krise einen ausgeglichenen und gut kapitalisierten Finanzbereich hatte, der nur in geringem Umfang von toxischen Wertpapieren belastet war. Die Zinssätze lagen ebenso wie die Inflationsrate zum ersten Mal in der Geschichte des Landes im einstelligen Bereich. So gelang es der Türkei, das bekannte Muster von Kapitalflucht, Währungskollaps, galoppierender Inflation und steigenden Zinsen zu vermeiden. Stattdessen war die Regierung in der Lage, selbst auf dem Höhepunkt der Krise relativ leicht Geld auf den Finanzmärkten aufzunehmen. Das Gleiche gilt für die Inlandsbanken, denen es gelang, sich Konsortialkredite zu sichern. Trotzdem stieg die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 stark an, und die Wachstumserholung, die für dieses Jahr auf 3,5 bis 4% prognostiziert wird, wird nicht ausreichen, um genügend neue Arbeitsplätze für die steigende Zahl von Arbeitskräften des Landes zu schaffen. Ein weiteres Hemmnis für eine schnelle Erholung liegt in der Versorgung mit Bankkrediten: Trotz einer deutlich lockeren Geldpolitik haben die Banken hauptsächlich die Kreditvergabe an die Regierung erhöht, während sie im Privatsektor stagnierte.

Unsicherheit durch Haushaltsdefizit und Streit zwischen Regierung und Militär

Ein ernstzunehmendes Risiko für die türkische Wirtschaft liegt in der Gefahr eines galoppierenden Staatsdefizits. Trotz der weitreichenden Erfolge bei der Reduzierung der Schuldenquote ist die gesamte Staatsverschuldung weiterhin hoch und schränkt so den Spielraum für die Fortsetzung der gegenwärtig lockeren Finanzpolitik ein.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass der beträchtliche Finanzierungsbedarf der Regierung private Kredite verdrängt und damit die wirtschaftliche Erholung behindert. Eine ausführliche und realistische Finanzplanung mit mittelfristiger Zielsetzung wäre daher wünschenswert und könnte Bestandteil einer neuen Vereinbarung mit dem IWF sein. Nach der Finanzkrise 2001 haben mehrere IWF-Programme die Türkei übrigens durch umfassende Reformen geführt. Doch dieser externe Referenzpunkt bleibt immer noch auf der Strecke, zumal da die seit dem Anfang der Wirtschaftskrise mit dem IWF geführten Gespräche unlängst eingestellt wurden.

Ein weiterer Grund zur Sorge ist die Eskalation des Konflikts zwischen der gemäßigt islamischen AK-Partei des Ministerpräsidenten Erdogan und der sekulären, vom türkischen Militär angeführten Opposition. Diese fürchtet, dass die Regierung vorhat, dem streng weltlichen Charakter des türkischen Staats ein Ende zu machen. Das Verhältnis der beiden Seiten ist vor allem deswegen angespannt, weil die Regierung das Militär zuletzt offen mit einer Reihe von Reformen konfrontiert hat, die darauf abzielen, die Autonomie der Generäle einzuschränken. Die Regierung wird dabei von der EU unterstützt, die die Türkei auf dem Weg zu einer echten Demokratie mit einer Zivilverfassung sehen möchte, in der Generäle gegenüber gewählten Politikern verantwortlich sind. Im vergangenen Monat wurden bei mehreren Razzien Dutzende hochrangige (teils pensionierte) Offiziere verhaftet. Dies war Teil einer großangelegten Untersuchung von Plänen, die Gesellschaft durch eine Reihe von Anschlägen zu destabilisieren und so einen militärische Intervention zu rechtfertigen. Infolgedessen spitzte sich die Lage weiter zu und drohte, in einer offenen Auseinandersetzung zu enden. Erst nach Einschreiten des Präsidenten Gul verpflichteten sich beide Seiten dazu, eine weitere öffentliche Eskalation des Konflikts zu vermeiden. Dies klingt zunächst nach einer weiteren Festlegung des Militärs darauf, die Rechtsstaatlichkeit zu respektieren – erst vor kurzem hatte der Chef des Generalstabs erklärt, dass die Zeit der Militärputsche nach denen der Jahre 1980 bis 1983 nun vorbei sei. Viele Beobachter erwarten jedoch, dass es einen neuen Versuch geben wird, die AKP zu verbieten, nachdem der erste Versuch dazu vor zwei Jahren gescheitert war. Die Regierung wiederum denkt über eine Volksabstimmung über die Ablösung der derzeitigen Militär-Verfassung durch eine neue nach. Sie hofft dabei auf ein eindeutiges Votum der Bevölkerung, das als Stimme des Volkes für die Generäle und ihre Verbündeten schwer zu ignorieren wäre.

Anders als allgemein erwartet, hat die Türkei die Wirtschaftskrise relativ leicht gemeistert, weil das Land besser darauf vorbereitet war als erwartet wurde. Die Glaubwürdigkeit seiner Politik hat sich im vergangenen Jahrzehnt deutlich erhöht. Die jüngste Krise stellte einen Härtestest dar, den die Türkei mit bemerkenswerter Leichtigkeit überstanden hat. Eine Verschlechterung der Finanzlage und eine weitere Eskalation des Konflikts zwischen der Regierung und ihren weltlichen Gegnern stellen für die nähere Zukunft die größten Sorgen dar.

22/03/2010

Haftungsausschluss: Delcredere NV ist nach besten Kräften bemüht, dass alle Informationen, Daten, Dokumentationen und anderen Materialien (Texte und Bilder) dieses Newsletters zutreffend und vollständig sind. Delcredere NV übernimmt keinerlei Haftung für mögliche Fehler oder Auslassungen. Die in diesem Schreiben dargelegten Ansichten stellen die persönliche Meinung des Autors dar und sollen nicht die Meinung von Delcredere NV wiedergeben. Delcredere NV übernimmt keinerlei Haftung für Forderungen oder Verluste jeglicher Art, die direkt oder indirekt aus der Verwendung der Informationen, Daten, Dokumentationen oder anderem Material dieses Newsletters entstehen. Die Texte und Illustrationen dürfen zur privaten Nutzung ausgedruckt werden, eine Verbreitung ist nur nach Genehmigung durch Delcredere NV zulässig. Zitate sind zulässig, sofern auf die gültige Quelle verwiesen wird. Reproduktion ist zulässig, sofern auf die gültige Quelle verwiesen wird und es sich nicht um gewerbliche Zwecke handelt, da in diesem Falle die Reproduktion – auch mit Quellangabe – nicht zulässig ist.